



Wirtschaftspolitik

## **Aiwanger: "Mittelstand und Beschäftigte brauchen höhere Minijob-Grenze"**

21. Februar 2020

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger fordert eine Erhöhung der Verdienstgrenze bei den Minijobs von 450 Euro auf 530 Euro. „Minijobs sind gerade für kleine und mittlere Unternehmen in Handel, Handwerk und Tourismus ein unverzichtbares Flexibilisierungsinstrument. Auch die Beschäftigten profitieren und nutzen Minijobs zum Zuverdienst oder als Brücke in eine Vollzeitstelle. Deshalb müssen wir die Möglichkeiten für eine geringfügige Beschäftigung weiter ausbauen“, so Aiwanger.

Die aktuelle Verdienstgrenze für Minijobs in Höhe von 450 Euro ist seit dem 1. Januar 2013 unverändert. Die positive Tarifentwicklung der vergangenen Jahre und der Anstieg des gesetzlichen Mindestlohns verringern seitdem jährlich die maximale Anzahl an Arbeitsstunden, die in einem Minijob möglich sind. Mit dem Vorstoß drängt Aiwanger auf eine unkomplizierte und effiziente Lösung, indem die Verdienstgrenze zunächst für mehrere Jahre auf 530 Euro angehoben wird. Anschließend soll erneut eine pauschale Erhöhung erfolgen.

Aiwanger weiter: „Hier ist der Bund in der Pflicht. Ich habe daher in einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier Unterstützung für die Weiterentwicklung der Minijobregelung durch Anhebung der Verdienstgrenze eingefordert.“

Der Freistaat Bayern setzt sich seit geraumer Zeit auf Bundesebene für eine Erhöhung der Minijob-Grenze ein. Zuletzt hatte die Bayerische Staatsregierung Mitte 2019 eine Erhöhung der Verdienstgrenze vorgeschlagen.

Thomas Assenbrunner, stv. Pressesprecher  
thomas.assenbrunner@stmwi.bayern.de  
089 / 2162-2507

